

Befürworter jubeln, Gegnerinnen

Der Souverän heisst die Steuervorlage gut, womit auch der Krankenkassenabzug erhöht wird. Was Sieger und Verliererinnen sagen und wo die

Mathias Küng

56,8 Prozent der Stimmenden haben die kantonale Steuervorlage nach einem intensiven Abstimmungskampf gutgeheissen. Doch so deutlich wie im Grosse Rat, wo SVP, FDP, Mitte, GLP und EDU die Vorlage gegen SP, Grüne und EVP durchsetzten, ist das Ergebnis der Abstimmung nicht ausgefallen. Silvan Hilfiker, Präsident der FDP-Fraktion im Grosse Rat, der die Vorlage wesentlich mitgeprägt hat, ist trotzdem zufrieden: «In den letzten Wochen, als das Nein-Komitee in vielen Gemeinden Flyer verteilt hat, wurde ich schon etwas nervös. Die Gegner haben eine gute Kampagne gemacht. Entscheidend ist aber, dass wir mit unseren guten Argumenten die Mehrheit überzeugen konnten, nämlich dass ein tieferer und einheitlicher Firmensteuersatz Sinn macht.» Dazu gehöre, so Hilfiker, dass jetzt auch der Krankenkassenabzug bei den Steuern steige und künftig auch automatisch angepasst werde.

Peter Gehler, Mitglied im Pro-Komitee und Vizepräsident der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK), ist ob des vergleichsweise knappen Abstimmungsergebnisses nicht überrascht: «In den Gemeinden haben viele Bedenkensträger vor der Vorlage gewarnt, und viele haben aus reiner Vorsicht Nein gestimmt, selbst wenn ihre Gemeinde finanziell gut dasteht.» Die Erwartung, dass sich das Schicksal der Vorlage in den Gemeinden entscheide, habe sich erfüllt: «Ich bin sehr erleichtert und froh, dass wir mit unseren Argumenten durchgedrungen sind, dass wir jetzt den Makel, bei den Firmensteuern auf den letzten Plätzen zu sein, abschütteln können und ins Mittelfeld vorrücken. Das hilft uns entscheidend im interkantonalen Wettbewerb um gute Steuerzahler.»

Nein-Komitee: Dezidiert gegen jegliche Leistungskürzungen

SP-Grossrätin Carol Demarmels vom Nein-Komitee ist über das Ja zum kantonalen Steuergesetz natürlich enttäuscht. Es freut sie aber, «dass die Vorlage auch weit bis ins bürgerliche Lager abgelehnt wurde. Das ist ein klares Zeichen, dass die Bevölkerung nicht bedingungslos Steuergeschenke für die reichsten Firmen will. Die Vorlage kam nur durch, weil die Bürgerlichen diesen «Steuerbschiss» mit dem Zückerchen des Versicherungsabzugs versüsst haben». Mit ihrer Kampagne sei es gelungen, der Bevölkerung klar zu machen was der «Bschiss» sei, nämlich dass sie am Ende für die Firmensteuerausfälle aufkommen müsse.

«Wir werden dezidiert jegliche Versuche von Leistungskürzungen aufgrund der Revision bekämpfen, sei das in der Bildung, in der Pflege oder in der Klimapolitik», kündigt Demarmels an. Sie befürchtet, dass der Bevölkerung aufgrund der Vorlage Leistungsabbau und höhere Steuern drohen: «Wir werden auf die Aussagen der Befürwortenden und der Regierung pochen, man könne sich diese Vorlage leisten. Um ihre Behauptungen zu überprüfen, braucht es zwingend ein Monitoring.»

Selina Egger, Geschäftsführerin von Arbeit Aargau und Mitglied im Nein-Komitee, ist ebenso enttäuscht. Es freut sie aber, «dass 44 Prozent die Vorlage durchschaut und abgelehnt haben, also weit mehr als die Wählerschaft von SP, Grünen und EVP. Das ist ein Erfolg im Misserfolg». Für sie ist klar: «Wäre separat über die Firmensteuern



Das bürgerliche Pro-Komitee wartete das Abstimmungsergebnis in Aarau im Gebäude der Aargauischen Industrie- und Handelskammer ab. Als das Ja feststand, wurde hier

abgestimmt worden, wäre dieses Steuergeschenk niemals durchgekommen.» Egger bedauert das Ja umso mehr, als wegen Vorgaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) «Kantone mit tieferen Sätzen die Firmensteuern wieder auf 15 Prozent anheben müssen». Da hätte der Aargau besser alles daran gesetzt, so Egger, «sich bei anderen, ebenso wichtigen Standortfaktoren zu verbessern, so etwa mit der Bekämpfung des Fachkräftemangels, mit mehr Mitteln für Ausbildung, Gesundheit, sozialen Ausgleich und für bezahlbare Kindertagesstätten».

Freude und Erleichterung beim Finanzdirektor

Freude dominiert hingegen beim aargauischen Finanzdirektor Markus Dieth: «Wir sind sehr froh, auch weil die Abstimmung in einem nicht einfachen Umfeld stattgefunden hat.» Meint er den Ukraine-Krieg? Die Arbeiten an der Vorlage hätten vor der Coronapandemie begonnen, erinnert Dieth: «Diese brachte grosse Ungewissheiten, auch zu den finanziellen Auswirkungen. Jetzt, da Corona mindestens vorläufig überwunden scheint, kam der Ukraine-Krieg dazu. Ich verstehe gut, dass dies die Menschen verunsichert.»

Dennoch habe er mit einem Ja an der Urne gerechnet, sagt Dieth, «weil die Haushaltssanierung klar abgeschlossen ist, der Kanton fünfmal hintereinander schwarze Zahlen geschrieben hat, wir über 1 Milliarde Franken Schulden abzahlen konnten und mitt-

lerweile über 700 Millionen Franken in der Ausgleichsreserve haben. Wir stehen auf einem soliden finanziellen Fundament, sind gut gerüstet». Zudem hätten die Gemeinden letztes Jahr 10 bis 15 Prozent besser abgeschnitten als in den Prognosen: «Mit unseren Berechnungen konnten wir aufzeigen, dass sie trotz Steuersenkung am Schluss dank Bevölkerungswachstum und Wachstum des Volkseinkommens mehr Steuereinnahmen haben werden. Nicht so viel wie ohne Steuersenkung, aber mehr als vorher. Es ist wirklich eine Vorlage für alle. Damit profitieren im Aargau alle von der Stärkung des Wohn- und Wirtschaftskantons.»



Beim Nein-Komitee aus SP, Grünen, EVP und Gewerkschaften freute man sich, dass auch viele Bürgerliche die Vorlage abgelehnt haben. Bild: Alexander Wagner

Die nächste Steuerdebatte steht im Aargau schon bald an

120 Millionen Als Nächstes steht eine Vorlage des Kantons an, die 2024 eine Neuschätzung der Immobilien sowie eine Anpassung des Eigenmietwerts und damit Mehreinnahmen für Kanton und Gemeinden von 120 Millionen Franken bringt. Silvan Hilfiker, FDP-Fraktionschef im Grosse Rat und Mitglied des Ja-Komitees zur Steuervorlage vom 15. Mai, kündigt jetzt schon an: «Ich werde mich dafür einsetzen, dass diese Mehreinnahmen dann über einen tieferen Steuerfuss an die Bevölkerung rückerstattet werden.»

Die kommenden Erhöhungen bei der Neuschätzung seien absolut richtig und nötig, betont Carol Demarmels,

SP-Grossrätin und Mitglied des Nein-Komitees bei der gestrigen Steuervorlage: «Eigenheimbesitzende haben laut Verwaltungsgerichtsentscheid systematisch zu wenig Steuern bezahlt. Mieterinnen hingegen schweizweit allein im Jahr 2021 fast 10 Milliarden zu viel.» Darüber, was mit dem Geld geschehen soll, werde man zu gegebener Zeit entscheiden: «Völlig inakzeptabel wäre, was bürgerliche Stimmen schon forderten, es ausschliesslich den Hausbesitzenden zurückzuerstatten.»

Wie reagiert Finanzdirektor Markus Dieth auf die Forderung, diese Mehreinnahmen an die Bevölkerung zurückzugeben? Man habe eben die Anhörung

zu dieser Vorlage gestartet, sagt er. Die jetzige Regelung sei nicht verfassungskonform. Das zeige ein Urteil des Verwaltungsgerichts: «Wir haben bereits gesagt, dass sich mit den Mehreinnahmen aus dem Schätzungswesen Handlungsspielraum für Kanton und Gemeinden ergibt. Die Debatte über die Verwendung dieser Einnahmen werden wir führen, wenn es so weit ist.»

Die Regierung sei an der Erarbeitung eines Planungsberichts für eine Steuerstrategie, die zahlreiche Aspekte ganzheitlich berücksichtige. Dieth: «Wir werden den Planungsbericht zur Steuerstrategie bald vorstellen und mit dem Parlament diskutieren.» (mku)